

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Familien und Soziales am Montag, 18.02.2008, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:

Walter Langer

Ausschussmitglieder:

Jost Etzold
Susanne Herbst
Claudia Rohlf
Steffen Schwärmer
Dorothea Weikert

stellv. Ausschussmitglieder:

Herbert Zeidler

hinzugewählte Ausschussmitglieder:

Anke Budde
Hans Varrelmann

Bürgermeister:

Gerd-Christian Wagner

von der Verwaltung:

Rainer Adler
Wilfried Alberts
Marion Borchardt
Horst-Dieter Willms

Gäste:

Wilma Fiedler-Hahn
Johann Lüschen
Elfriede Mikulka

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
Kein Tagesordnungspunkt
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 3.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Befragung zum Seniorenpass
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Vorstellung der Agenda-Arbeit im Bereich "Soziales"
- 4.2 Antrag der Menschenmüll-Wähleraktion Varel auf Einrichtung eines Altenbesuchsdienstes

4.3 Information zur Finanzierung von Kindertagesstätten

4.4 Nächster Sitzungstermin

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen

2 Anträge an den Rat der Stadt

Kein Tagesordnungspunkt

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

3.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Befragung zum Seniorenpass

Die Verwaltung verweist auf den der Einladung beigelegten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.2008 (Anlage 1). Die Fraktion beantragt eine Umfrage zum Seniorenpass 2008. Die Ausgabe des Fragebogens soll zusammen mit der Ausgabe des Seniorenpasses erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende führt aus, dass der von seiner Fraktion entworfene Fragebogen lediglich als Vorschlag zu werten sei. Er hofft auf Anregungen zur Änderung oder Erweiterung der Fragestellung in der heutigen Sitzung. Ziel der Fragebogenaktion sei, Hinweise für eine zukünftige Gestaltung des Seniorenpasses zu erhalten.

Das Ausschussmitglied Ratsherr Etzold führt aus, dass in der Vergangenheit in die-

sem Ausschuss mehrmals inhaltlich über den Seniorenpass diskutiert wurde. Die Mehrheitsfraktion hat dazu eine klare Position bezogen. Weitere Diskussionen erscheinen deshalb überflüssig.

Da die Verteilung und Auswertung der Fragebögen einen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung bedeutet, kann er dem Antrag nicht zustimmen.

Das Ausschussmitglied Ratsfrau Weikert beurteilt den Fragebogen positiv. Eine Auswertung der gestellten Fragen kann für die zukünftige Meinungsbildung herangezogen werden. Zu berücksichtigen sei jedoch die Höhe der Kosten für die Verteilung und Auswertung des Fragebogens und bittet den Bürgermeister hierzu um Darstellung.

Der Bürgermeister weist vorab daraufhin, dass mit der Umfrageaktion wie geplant nur die Personen erreicht werden, die einen Seniorenpass abholen. Es werden somit nicht alle Senioren erreicht.

An Kosten ist die Arbeitszeit zu berücksichtigen, die für die Auswertung des Fragebogens notwendig ist. Da der Umfang des Fragebogens begrenzt sein wird, ist eine Auswertung ohne zusätzlichen Personalaufwand möglich.

Der Bürgermeister führt weiter aus, dass eine gezielte Fragestellung wichtig sei, um Antworten für die zukünftige Verfahrensweise zu erhalten.

Das hinzugewählte Ausschussmitglied Frau Budde führt aus, dass nur mit einem geringen Rücklauf der Fragebogen zu rechnen sei. Das Ergebnis der Auswertung sei deshalb in Frage zu stellen.

Das Ausschussmitglied Ratsfrau Herbst befürwortet die Fragebogenaktion. Für sie sei wichtig zu erfahren, wie die Nutzer zum Seniorenpass stehen.

Der Bürgermeister stellt dar, dass mit dem Fragebogen geklärt werden soll, was die Senioren wollen. Statistisch gesehen ist ein Rücklauf von ca. 20% ausreichend für eine repräsentative Auswertung. Der Fragebogen sollte neben der Frage nach der Kostenbeteiligung auch die Frage nach dem Alter für die Anspruchsberechtigung enthalten.

Nach weitergehender Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Anlässlich der Herausgabe des Seniorenpasses 2008 wird ein Fragebogen entsprechend dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Senioren ausgegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die zurück erhaltenen Fragebogen auszuwerten.

**Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 1
damit mehrheitlicher Beschluss**

4 Zur Kenntnisnahme

4.1 Vorstellung der Agenda-Arbeit im Bereich "Soziales"

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Borchardt vom Agenda-Büro und bittet sie um Darstellung der einzelnen Projekte.

Frau Borchardt führt aus, dass der Bereich „Soziales“ von der Agenda-Gruppe „Eine Welt und Soziales“ wahrgenommen wird. Sie stellt daraufhin die einzelnen Projekte und Themen dar, mit denen sich die Agenda-Gruppe befasst (Anlage 2) und erläutert diese.

Das Ausschussmitglied Ratsherr Etzold führt aus, dass die Stadt Varel stolz auf die geleistete Agenda-Arbeit in Varel sein kann. Er bittet Frau Borchardt um Auskunft, ob und in welcher Form eine Unterstützung seitens der Politik möglich ist.

Frau Borchardt führt dazu aus, dass eine Unterstützung in Form von Ideen und Anregungen sowie Möglichkeiten des Austausches wie in der heutigen Sitzung wünschenswert ist. Die Agenda ist jederzeit bereit, über die Tätigkeit und Projekte zu informieren, auch in den einzelnen Fraktionen.

Der Ausschussvorsitzende weist daraufhin, dass die heute vorgestellten Projekte und Themen einen Teil-Bereich der Agenda darstellt und eine Vielzahl weiterer Projekte und Themen von den anderen Agenda-Gruppen behandelt werden.

4.2 Antrag der Menschenmüll-Wähleraktion Varel auf Einrichtung eines Altenbesuchsdienstes

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Johann Lüschen und Frau Elfriede Mikulka von der Gemeinde Zetel und Frau Wilma Fiedler-Hahn vom Diakonischen Werk Friesland.

Er verweist auf die der Einladung beigefügten Beschlussvorlage nebst Anlagen (Anlage 3) und führt aus, dass aus seiner Sicht in der heutigen Sitzung Informationen zum Antrag und eine Vorberatung erfolgen und die Beschlussfassung zurückgestellt werden sollte.

Er bittet daraufhin Herrn Lüschen, das Konzept des Besuchsdienstes in der Gemeinde Zetel zu erläutern.

Herr Lüschen stellt daraufhin das Konzept der Gemeinde Zetel vor (Anlage 4) und erläutert dieses.

Das Ausschussmitglied Ratsfrau Herbst bittet Herrn Lüschen um Auskunft, ob die dargestellte Zahl von 25 Betreuern in Zetel ausreichend ist oder auf Grund bestehender Nachfrage weitere Betreuer gesucht werden.

Herr Lüschen führt dazu aus, dass von den 25 ehrenamtlich Tätigen 25 Personen betreut werden. Die Zahl ist seit ca. 10 Jahren gleich bleibend.

Das Ausschussmitglied Ratsherr Schwärmer bittet Herrn Lüschen um Darstellung seines Arbeitsaufwandes für den Besuchsdienst.

Herr Lüschen führt dazu aus, dass er ca. 5-10% seiner Arbeitszeit für die Organisation des Besuchsdienstes aufwende.

Auf weitere Nachfrage stellt er dar, dass pro besuchte Person pro Monat eine Aufwandsentschädigung von 40,- € gezahlt wird. Im Haushalt der Gemeinde Zetel werden jährlich 16.000,- € für Aufwandsentschädigungen und 3.300,- € für Fortbildung veranschlagt.

Frau Fiedler-Hahn führt aus, dass sie zusammen mit Frau Zielke vom Deutschen Roten Kreuz auf Grundlagen des Konzeptes der Gemeinde Zetel ein Konzept für die Neueinrichtung eines Besuchsdienstes für ältere BürgerInnen für die Stadt Varel erstellt hat. Dieser Besuchsdienst ist als Kooperationsprojekt des Diakonischen Werkes Friesland und des Deutschen Roten Kreuzes geplant. Unter Berücksichtigung einer Zahl von 20 Betreuten entsteht ein Kostenaufwand für Aufwandsentschädigung und Fortbildung in Höhe von ca. 14.200,- € jährlich.

Nach umfassender Diskussion schlägt der Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen und vor einer Beschlussfassung in den Fraktionen über den Tagesordnungspunkt zu beraten.

Der Bürgermeister sieht ebenfalls noch Beratungsbedarf und unterstützt den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden.

Nach kurzer Diskussion wird der Tagesordnungspunkt einvernehmlich zurückgestellt. Vor einer Beschlussfassung soll in den Fraktionen über diesen Tagesordnungspunkt beraten werden.

4.3 Information zur Finanzierung von Kindertagesstätten

Die Verwaltung führt aus, dass im SGB VIII/Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) bzw. im KiTaG der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geregelt ist. Ein Rechtsanspruch auf einen Krippen- bzw. Hortplatz ist z.Zt. nicht gegeben. Gemäß § 24 Abs. 2 TAG ist für Kinder unter 3 Jahren und im schulpflichtigen Alter ab dem 01.10.2010 im bedarfsgerechten Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzuhalten.

Das Land Niedersachsen zahlt im Kindertagesstättenbereich Zuschüsse in Höhe von 20% der Fachpersonalkosten.

Der Landkreis Friesland hat sich bereit erklärt, sich an den Investitionskosten für die Umwandlung von Kindergartenplätzen in Krippenplätze zu beteiligen.

Bund und Länder haben am 18.10.2007 eine sogenannte Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013“ abgeschlossen.

Über dieses Programm soll das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ finanziert werden. Die entsprechende gesetzliche Regelung soll bis Ende 2008 geschaffen werden.

Laut Pressemitteilung Anfang Februar 2008 wurde das Gesetzgebungsverfahren zum Ausbau von Krippenplätzen auf Eis gelegt, da es Streit um das im Gesetzentwurf enthaltene Betreuungsgeld für die häusliche Erziehung gibt.

Sollte das Gesetzgebungsverfahren nicht bis Ende 2008 abgeschlossen sein, könn-

te das Investitionsprogramm des Bundes mit einem Umfang von 2,1 Mrd. Euro insgesamt in Frage gestellt werden.

Das Finanzierungsprogramm des Bundes gilt nur für Krippenplätze, für Hortplätze ist keine Förderung vorgesehen.

Laut Auskunft eines Mitarbeiters des Niedersächsischen Kultusministeriums hat auch das Land Niedersachsen bisher keinerlei Absichten erkennen lassen, den Ausbau von Hortplätzen zu fördern.

4.4 Nächster Sitzungstermin

Der Bürgermeister führt aus, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Familien und Soziales im April 2008 mit den Themen Seniorenpass 2009 und Tag der älteren Generation 2009 geplant ist.

Zur Beglaubigung:

gez. Walter Langer
(Vorsitzende/r)

gez.
(Protokollführer/in)